

van Setten, Alfred

Article — Digitized Version

Der Einfluß des ländlichen Bildungsstandes

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: van Setten, Alfred (1957) : Der Einfluß des ländlichen Bildungsstandes, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 37, Iss. 3, pp. 151-154

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132441>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

schäftigt, als es nach diesen auf modernen Arbeitsmethoden basierenden Zahlen haben müßte. Dabei wird allerdings nur von den männlichen Arbeitskräften ausgegangen. Die größeren Betriebe erreichen im allgemeinen die Blohm'schen Sollzahlen, während die kleineren Betriebe (unter 20 ha) darüber bleiben, weil die Anschaffung und Erhaltung der entsprechenden Maschinen (Trecker etc.) bei ihnen wegen der zu geringen Betriebsgröße viel zu teuer ist. Sie müssen sich mit Werten, die Blohm für die „Pferdestufe“ oder für die „Kuhanspannungsstufe“ angibt, zufrieden geben. Dementsprechend werden in allen Ländern mit umfangreichem landwirtschaftlichem Kleinbesitz viel Arbeitskräfte je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche beschäftigt, und die Arbeitsproduktivität ist in diesen Betrieben gering. Dieser Sachverhalt läßt sich immer wieder nachweisen. Er trifft auch im internationalen Vergleich zu, wo Länder wie Neuseeland, Australien, Kanada und die USA in Übersee, Dänemark und Großbritannien in Europa eine große Arbeitsleistung aufweisen, weil hier besonders die hohen Löhne einen geringen Arbeitskräftebesatz je 100 ha und somit eine hohe Produktivität je Erwerbstätigen erzwingen.

Um es noch einmal herauszustellen: Ein wirksames Mittel, die Arbeitsproduktivität und somit das Pro-Kopf-Einkommen in der Landwirtschaft zu verbessern, ist, den Arbeitskräftebesatz zu verringern. Dies ist aber mit durchschlagendem Erfolg nur durch eine Vergrößerung der zu kleinen Betriebe möglich. Bei der heute gegebenen Betriebsstruktur in Westdeutschland kann der Bauer von sich aus nur wenig tun, um die Arbeitsproduktivität in seinem Betrieb zu verbessern. Arbeitswirtschaftlich ungünstige Flurlagen und viel zu kleine Höfe behindern ihn und bedingen einen hohen Arbeitskräftebesatz. Langfristige agrarpolitische Maßnahmen sind daher erforderlich, um die Einkommensverhältnisse nicht noch ungünstiger

für die Landwirtschaft werden zu lassen. Man sollte endlich aufhören, die leistungsfähigen Großbetriebe zu zerschlagen, und anfangen, eine Agrarpolitik der Strukturverbesserung zu betreiben, etwa nach dem schwedischen Beispiel. Dort kauft der Staat jährlich eine ganze Anzahl von Betrieben auf und benutzt die Landreserve, um im Rahmen der Flurbereinigung und der Betriebszusammenlegung die Interessenten zu friedenzustellen. Dort bedeutet Flurbereinigung Betriebsvergrößerung für alle Beteiligten. Mit solchen Maßnahmen muß man die arbeitswirtschaftlich untragbaren Standortbedingungen im süddeutschen Erbteilungsgebiet beseitigen. Aber selbst in Schleswig-Holstein ist diesbezüglich noch viel zu tun. Ein ganz beträchtlicher Teil unseres Landes ist umlegungsbedürftig, ganz abgesehen von den Fluß- und teilweise auch den Seemarschen, wo das Land durch offene Gräben in kleine Parzellen geteilt ist. In diesen Betrieben steigt der Arbeitsaufwand oft derart an, daß ein ausreichend rentabler Ackerbau unmöglich wird. Unter den heutigen Kostenverhältnissen kann eine Feldwirtschaft unter derart ungünstigen arbeitswirtschaftlichen Bedingungen zu einem ausgesprochenen Notstand führen. Wie überhaupt die ganze Landwirtschaft sich immer mehr von einem „Nährstand“ zu einem „Notstand“ entwickelt, wenn man weiterhin fortfährt, die Betriebe zu verkleinern. Wir müssen den entgegengesetzten Weg gehen.

Wenn von wissenschaftlicher Seite einmal das Wort gefallen ist: „Landflucht tut not“, dann bedeutet dies: Abwanderung aller überflüssigen Arbeitskräfte und Einkommensteigerung der zurückbleibenden. Nur so kann der Bauer oder Landarbeiter den gleichen Lebensstandard erreichen wie der Städter. Da der Bauer bei der augenblicklichen Betriebsstruktur im allgemeinen keine Arbeitskräfte mehr abgeben kann, sollten die ungünstigen arbeitswirtschaftlichen Bedingungen mit agrarpolitischen Mitteln beseitigt werden.

Der Einfluß des ländlichen Bildungsstandes

Dr. Alfred van Setten, Hamburg

Im Agrarprogramm der Bundesregierung wird als Hauptziel die Steigerung der Produktivität je Flächeneinheit und Arbeitskraft genannt. Das heißt: mit weniger Arbeitskräften sollen höhere Erträge und Erlöse erzielt werden. Dazu bedarf es zunächst der Beseitigung derjenigen Schwierigkeiten, die als Folgeerscheinung einer falschen Agrarpolitik der letzten 80 Jahre und zweier verlorener Kriege die deutsche Landwirtschaft noch heute schwer belasten. Nur durch Umschichtung der gesamten landwirtschaftlichen Betriebsstruktur auf hochintensive mechanisierte und rationell arbeitende Einfamilien- und Großbetriebe aber kann eine Wendung zum Besseren endgültig erreicht werden.

BILDUNG UND ERTRAGSLAGE

Grundvoraussetzung für eine solche Umstrukturierung ist aber eine zeitnahe und gewissenhafte Fachausbildung und Allgemeinbildung der Landwirte, die dem

Standard entspricht, der für jeden anderen gelernten Beruf gefordert wird. Das Agrarproblem ist damit zweifellos auch eine Bildungsfrage — eine Tatsache, der man sich nicht mehr verschließen darf, der aber in Deutschland bisher nicht die genügende Beachtung geschenkt wurde. Die unbedingte Notwendigkeit, die Frage der ländlichen Bildung ernsthaft in Angriff zu nehmen, tritt noch eindeutiger hervor, wenn man die gegenwärtigen agrarpolitischen Anforderungen mit dem Stand des ländlichen Bildungswesens vergleicht. Besonders in den auf Veredelungswirtschaft ausgerichteten klein- und mittelbäuerlichen Betrieben — sie stellen rd. 90% unserer 2 Mill. landwirtschaftlichen Betriebe mit etwa 55% unserer gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche — werden aber nach gegenwärtiger Lage der Dinge alle Hände im Betrieb benötigt. Für eine sinnvolle und kostspielige Ausbildung fehlen Geld und Zeit, d. h. es ist in den mei-

sten Fällen nicht möglich, aus den Betriebseinnahmen eine Ersatzkraft für den in Ausbildung bzw. Fremdlehre stehenden Hoferben zu entlohnen. Bei der fortschreitenden Mechanisierung und Rationalisierung der Landwirtschaft reichen jedoch die von Generation zu Generation überlieferten Wirtschaftsmethoden für eine erfolgreiche Bewirtschaftung der Betriebe nicht mehr aus. Ausbildung und Wirtschaftserfolg stehen in engem Zusammenhang.

Die Leistung derjenigen Betriebe, die von ehemaligen Landwirtschaftsschülern geleitet werden, liegt im allgemeinen über dem Durchschnitt. Betriebe, die sich die Wirtschaftsberatung zunutze machen, haben gleichfalls bessere Wirtschaftserfolge aufzuweisen. Ohne Zweifel ist die Ursache dafür in einem vermehrten fachlichen Wissen und praktischen Können der Betriebsleiter zu suchen. In diesem Zusammenhang sei auf den „Grünen Bericht 1956“ hingewiesen, in dem festgestellt wird, daß zwischen Betrieben der gleichen Größe und Produktionsrichtung Einkommensunterschiede von 100 bis 300 % und mehr zu verzeichnen sind. Abgesehen von der Bodengüte, Neigung des Bodens, Wasserführung und anderen Faktoren, die dabei natürlich eine beachtliche Rolle spielen, sind es die Kenntnisse und Fähigkeiten der Betriebsleiter, die den Ausschlag geben.

Welche Bedeutung die Bildungsfrage für die Agrarpolitik besitzt, läßt sich an einer Untersuchung von Dr. K. Rasmussen, Dänemark, ersehen. Das buchmäßig ausgewiesene Kapital der dänischen Landwirtschaft verzinst sich im Durchschnitt mit 5 %. Dabei wirkt sich die unterschiedliche Ausbildung stark im Wirtschaftserfolg aus. Betriebsleiter, die nur über Volksschulbildung verfügen, erreichen eine Verzinsung ihres Betriebskapitals von durchschnittlich 4,8 %. Bei nachfolgendem Besuch einer Volkshochschule oder Landwirtschaftsschule beträgt die Verzinsung 5,3 bzw. 5,4 %, bei Volkshochschul- und Landwirtschaftsschulbesuch 6,4 % und bei weiterer Spezialausbildung 7,5 %. Dieser Einfluß des Bildungsganges auf den Wirtschaftserfolg beweist die zwingende Notwendigkeit einer gründlichen Weiterbildung im Anschluß an die Volksschule.

AUSBILDUNG IN DEUTSCHLAND

Die Mehrzahl der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung besucht im allgemeinen nur die Volksschule. Deshalb bedarf auf Grund des oben Gesagten gerade die Dorfschule besonderer Beachtung. Hier liegt jedoch bei uns noch manches im argen. Im Bundesgebiet gab es im Jahre 1954 insgesamt 29 344 Volksschulen (die Bundesländer Hamburg und Bremen sind in dieser Zahl nicht enthalten, da hier nach Kriegsende völlig neue Schulverhältnisse geschaffen wurden). Hiervon waren 7494 Schulen einklassig und 7201 zweiklassig, das ist rund die Hälfte aller Volksschulen. Diese ein- und zweiklassigen Schulen sind nur in den Landgemeinden zu finden. Die Beanspruchung der Lehrer dieser Schulen ist höher als an mehrklassigen Schulen. Ein echter Landlehrer muß nicht nur Unterricht erteilen, sondern auch mit der ländlichen Lebensordnung verbunden sein — so paßt sich auch die Dorfschule dem Arbeitsrhythmus der

Landwirtschaft an und gibt, oft abweichend von der Regelung in den Städten, ihre Sommer- und Herbstferien zur Zeit der Getreide- und Hackfruchternte. Selbst den Erwachsenen muß der Landlehrer mit Rat zur Seite stehen können. Der Dorfschullehrer alten Typs erfüllte diese Anforderungen; er war meist ein nachgeborener Bauernsohn und hatte als solcher keine Aussicht, den väterlichen Hof zu erben. Fest in der Dorfgemeinschaft stehend, genoß er uneingeschränkte Autorität. Man sprach nur von „unserem Schulmeister“. Nur wenige Bauernsöhne ergreifen heute noch den Beruf des Landschulmeisters. Junge tüchtige Lehrer, die an eine Dorfschule versetzt werden, betrachten dies als eine Degradierung, weil sie an den meist ein- und zweiklassigen Dorfschulen schlechtere Aufstiegsmöglichkeiten haben als ihre Kollegen an städtischen Schulen.

Im Anschluß an die Volksschule beginnt die eigentliche Berufsausbildung. Die landwirtschaftliche Lehre dauert für Volksschüler drei und für Abiturienten und Lehrlinge mit mittlerer Reife zwei Jahre. Von einer umfassenden Berufsausbildung ihres Nachwuchses ist die deutsche Landwirtschaft noch weit entfernt. Im Interesse der bäuerlichen Familienbetriebe und der gesamten Landwirtschaft muß in den nächsten Jahren erreicht werden, daß mindestens jeder künftige Betriebsleiter und jede Landfrau eine ordnungsgemäße Lehrzeit durchlaufen. Wieweit die deutsche Landwirtschaft noch von diesem Ziel entfernt ist, zeigt ein Vergleich mit anderen Berufen besonders deutlich. Der Berufsausbildungsstatistik zufolge entfielen auf einen Lehrling 42 landwirtschaftliche Betriebe mit mehr als 5 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche gegenüber 4 Betrieben im Erwerbsgartenbau und 2 Betrieben im Bäckereihandwerk. Dieses für die Landwirtschaft ungünstige Verhältnis ist jedoch nicht auf eine zu geringe Anzahl von Lehrstellen zurückzuführen, denn nach wie vor stehen noch viele landwirtschaftliche Lehrplätze frei. Immerhin ist in den letzten Jahren eine erfreuliche Zunahme der Zahl landwirtschaftlicher Lehrlinge zu verzeichnen.

Praktische Berufsausbildung in der Landwirtschaft

Berichtsjahr	Anerkannte Lehrstellen	Lehrlinge 1. bis 3. Lehrjahr
	in 1000	
1948/49	19,4	11,4
1950/51	18,9	10,9
1953/54	21,6	16,8
1954/55	21,2	17,7
1955/56	22,3	18,9

Quelle: Statistisches Handbuch für Landwirtschaft und Ernährung Hamburg und Berlin 1956, S. 124. BELF: Statistik über die praktische Berufsausbildung in der Landwirtschaft, 1. 7. 55 bis 30. 6. 56

Während der Lehrzeit müssen alle Lehrlinge unter 18 Jahren die Berufsschule besuchen. Das Netz der landwirtschaftlichen Berufsschulen ist noch sehr weitmaschig, d. h. nicht überall bietet sich den Lehrlingen die Möglichkeit, am Berufsschulunterricht teilzunehmen. Darüber hinaus leistet die Landwirtschaft den Berufsschulen gegenüber einen passiven — oder besser — inhaltenden Widerstand. Er ist zum Teil auf zu lange Anmarschwege und ungenügende Verkehrsverhältnisse zurückzuführen. In vielen Betrieben aber sieht man es einfach ungern, wenn der Lehrling

wöchentlich einen vollen Tag als Arbeitskraft ausfällt. Auch sind die Lehrpläne der einzelnen Berufsschulen uneinheitlich und überschneiden sich häufig mit denen der Landwirtschaftsschulen. Dies liegt an einer mangelhaften Koordination, eine Folge der verschiedenen Zuständigkeitsbereiche. Die Berufsschulen unterstehen den Kultusministerien, die Landwirtschaftsschulen den Landwirtschaftskammern bzw. den Landwirtschaftsministerien.

Nach Besuch der Berufsschule und Beendigung der Lehrzeit hat der Landwirtschaftsgehilfe die Möglichkeit, eine Landwirtschaftsschule zu besuchen. Ihr Besuch ist freiwillig. Im Bundesgebiet gab es im Wirtschaftsjahr 1954/55 insgesamt 526 Landwirtschaftsschulen für Jungen. Im Durchschnitt hatte jede Landwirtschaftsschule 50 Schüler (Unter- und Oberstufe). Die meisten Landwirtschaftsschulen können ihre Schülerzahl nur mit Mühe halten. Der schlechte Besuch ist vor allem auf einen Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften wie auch auf die Kostenfrage zurückzuführen. Darüber hinaus kann in vielen Fällen infolge der sich überschneidenden Lehrpläne von Berufs- und Landwirtschaftsschulen das Argument nur schwer widerlegt werden, daß es genüge, nur eine der beiden Schulen zu besuchen. Auch beeinflußt die Betriebsstruktur den Besuch der Schulen. So gibt die Bevölkerung in Gegenden mit überwiegend kleinbäuerlichen Betrieben der Berufsschule, in mittel- und großbäuerlichen Gebieten der Landwirtschaftsschule den Vorzug.

Als Fachschulen sind die Landwirtschaftsschulen gut, als Ausbildungsstätte für die Gesamtpersönlichkeit der künftigen Bauern werden sie den Erfordernissen der Gegenwart nicht gerecht. In dieser Hinsicht sind die viersemestrigen Landbauschulen wesentlich günstiger zu beurteilen. Neben dem Fachwissen findet in ihren Lehrplänen die Allgemeinbildung verstärkte Beachtung. Zur Zeit gibt es im Bundesgebiet vier Landbauschulen. Ihre Schüler kommen überwiegend aus mittel- und großbäuerlichen Betrieben. Auch die höheren Landbauschulen — es gibt insgesamt 14 Schulen dieser Art in der Bundesrepublik — sind für die Ausbildung ländlicher Führungskräfte nicht ausreichend. Sie umfassen zwei Semester und entlassen ihre Hörer als „staatlich geprüfte Landwirte“ (etwa dem Technikum entsprechend).

Im Gegensatz zu den Landwirtschaftsschulen für Jungen erfreuen sich die Landfrauenschulen großer Beliebtheit. Allerdings wird auch hier aus arbeitswirt-

schaftlichen Gründen der einsemestrigen Schule der Vorzug gegeben. Für die Bildung der Persönlichkeit sind die ländlichen Heimvolkshochschulen am besten geeignet. Sie sollten, ebenso wie die Volkshochschulen, weitere Verbreitung und Förderung erfahren.

HEBUNG DES LÄNDLICHEN BILDUNGSSTANDES

Alle Maßnahmen zur Förderung der Landbevölkerung werden nur dann einen vollen Erfolg zu verzeichnen haben, wenn gleichzeitig der Allgemeinbildung verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt wird. In Anbetracht der bereits angeführten Sonderstellung der Dorfschule gehören nur die tüchtigsten Lehrer auf Land. Jungen Lehrern sollte durch den Bau von Lehrerwohnungen und modernen Schulen sowie durch eine entsprechende Besoldung ein Anreiz gegeben werden, an Dorfschulen zu unterrichten. Solange aber keine Aufstiegsmöglichkeiten vorhanden sind, wird es nicht zu vermeiden sein, daß tüchtige, vorwärtstrebende Junglehrer dem Lande den Rücken kehren. Häufiger Lehrerwechsel an Dorfschulen ist einer umfassenden Schulausbildung der „Landkinder“ sehr abträglich. Da wir in der Bundesrepublik in den nächsten Jahren ohnehin mit einem Absinken der Zahl der Schulanfänger zu rechnen haben, sollte die Zusammenlegung mehrerer ein- und zweiklassiger Dorfschulen zu einer mehrklassigen Schule erwogen werden. Diese neuen Schulen müßten an zentral gelegenen Orten (Kreisstädte, Marktflecken und dergl.) erbaut werden. Die Kinder müßten dann zum Teil mit Busen und Taxen, wie es auch in Großbritannien, Schweden, Finnland und seit rd. 30 Jahren in den USA der Fall ist, zur Schule gefahren werden. Die Kosten übernimmt in diesen Ländern der Staat. Dies ist ein Weg, der sich im Ausland gut bewährt hat. Da das Dorfschulprogramm im Rahmen der gesamten Kulturpolitik und Agrarpolitik ohnehin einer zufriedenstellenden Lösung bedarf, sollten sich nicht nur die zuständigen Stellen, sondern ganz besonders auch jeder einzelne Staatsbürger mit dieser Frage befassen. Die Bildungsfrage ist von entscheidender Bedeutung.

Im Hinblick auf die Aufgaben, die die deutsche Landwirtschaft innerhalb der kommenden Jahrzehnte zu erfüllen hat, erscheint es notwendig, auch im ländlichen Fachschulwesen einen grundsätzlichen Wandel zu schaffen. Zuerst einmal müssen die Lehrpläne der einzelnen Schulen koordiniert werden. Hierzu wird u. U. ein Wechsel des Zuständigkeitsbereiches, zumindest aber eine paritätische Einflußnahme von Kultus- und Landwirtschaftsministerium bei der Berufsschule



FOREIGN EXCHANGE BUSINESS

THE BANK OF TOKYO, LTD.

HEAD OFFICE: NIHOMBASHI, TOKYO, JAPAN

HAMBURG OFFICE: Hamburg 36, Jungfernstieg 51, F. R. Germany TEL. 34-1626

notwendig sein. Im Interesse der gesamten Wirtschaft muß in diesem Zusammenhang erwogen werden, ob nicht das gesamte Ausbildungswesen in die Hände einer Bundesbehörde gelegt werden sollte. Diese Behörde könnte dann auch für das ganze Bundesgebiet einheitliche Lehrpläne aufstellen und die Interessenbereiche der Berufs-, Landwirtschafts- und Fachschulen abgrenzen. Darüber hinaus müßte in den Lehrplänen künftig ein viel stärkeres Gewicht auf Marktfragen (Marktwirtschaft, Betriebswirtschaft, Absatzfragen usw.) gelegt werden. Was nützt es, wenn der junge Landwirt sich die theoretischen Kenntnisse zur Erzeugungssteigerung in den Berufs- bzw. Landwirtschaftsschulen aneignet, gleichzeitig aber nicht übersehen bzw. erkennen kann, ob die angebauten Produkte überhaupt lohnend auf dem Markt abzusetzen sind. In der Landbevölkerung muß sich das Bewußtsein stärker durchsetzen, daß die Kette vom Erzeuger über den Handel bis zum Endverbraucher eine Einheit darstellt.

Ganz besonderer Aufmerksamkeit bedarf in den Lehrplänen die landwirtschaftliche Buchführung. Buchführungsunterlagen sind für eine zeitnahe und erfolgreiche Wirtschaftsberatung unbedingt erforderlich. Die Anforderungen der modernen Marktwirtschaft machen eine Umstellung vom erzeugungswirtschaftlichen zum betriebswirtschaftlichen Denken notwendig. Wie der Kaufmann, so muß auch der Landwirt und Bauer den Rechenstift zur Hand nehmen, um die Wirtschaftlichkeit eines Betriebszweiges festzustellen. In den Kleinbetrieben wird die Aufgabe der Buchhaltung vielfach der Bäuerin zufallen. Deshalb sollten Buchführung und Marktfragen auch zum Unterrichtsstoff der Landfrauenschulen zählen.

In heutiger Zeit ist marktwirtschaftliches Denken neben einem guten Fachwissen für eine erfolgreiche Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Betriebe unbedingt erforderlich. Der gegenwärtige Bildungsstand der Landbevölkerung zeigt jedoch, daß unsere ländlichen Schulen diesen Anforderungen nicht genügen. Wenn hier nicht umgehend Abhilfe geschaffen wird, so können in naher Zukunft die Mißstände im ländlichen Bildungswesen zu einem neuen Gefahrenpunkt für die Fortentwicklung unserer Landwirtschaft werden.

Über den „Grünen Plan“ kann das bestehende Mißverhältnis im Bildungsstand zwischen Land- und Stadtbevölkerung sowie zwischen der deutschen und der europäischen Landwirtschaft zugunsten unserer Landwirtschaft beeinflußt werden. Die „Bildungsschere“ entspringt nicht einem mangelhaften Bildungsdrang, sondern einem Mangel an Bildungsmöglichkeiten. Neben einer Verbesserung des gesamten ländlichen Schulwesens müssen Beratung und Fortbildung ortsnah gestaltet werden. Sollen die für die Sanierung der Landwirtschaft im Rahmen des „Grünen Planes“ ausgeschütteten Gelder sinnvoll eingesetzt werden, so dürfte die Grundvoraussetzung hierfür eine gute Ausbildung der Landbevölkerung sein. Wenn in Zukunft die Vergabe von Krediten und anderen Vergünstigungen vom Ausbildungsgang (abgeschlossene Lehre, Gehilfenprüfung, Meisterprüfung, Teilnahme an der Beratung usw.) abhängig gemacht wird, dann ist anzunehmen, daß auch Klein- und Mittelbauern mehr als bisher dem Drängen ihrer Kinder nachgeben und auf eine gründliche Ausbildung bedacht sind. In der Allgemeinbildung und in den Kenntnissen über Marktzusammenhänge ist die Landbevölkerung unserer Nachbarstaaten der unseren weit überlegen. Dies gilt ganz besonders für Dänemark, wo die Volkshochschulen — sie bestehen dort bereits seit vor 1850 — eine für die gesamte dänische Wirtschaft segensreiche Tätigkeit entfaltet haben. In Anbetracht der großen Aufgaben, die die deutsche Landwirtschaft zu lösen hat, muß deshalb das ländliche Ausbildungs- und Beratungswesen in der Agrarpolitik viel stärker berücksichtigt und der deutschen Landwirtschaft bildungsmäßig der Anschluß an unsere Nachbarstaaten ermöglicht werden.

Darüber hinaus vollzieht sich in der Landwirtschaft ein ungeahnter Umwandlungsprozeß vom Betrieb im herkömmlichen Sinne zum rein volks- und marktwirtschaftlich ausgerichteten „Unternehmen“. Ohne diese Wandlung wird die Landwirtschaft mit der fortschreitenden gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nicht Schritt halten können. Hierbei wird auch eine Vielfalt soziologischer Fragen aufgeworfen. Je besser die ländliche Berufs- und Allgemeinausbildung ist, um so leichter und reibungsloser wird sich auch dieser Umwandlungsprozeß vollziehen.

Die Umwälzungen in der mitteldeutschen Landwirtschaft

Von einem Korrespondenten

Unter den sozialen Veränderungen, die während des sowjetzonalen Regimes in Mitteldeutschland durchgeführt worden sind, ist die Bodenreform von 1946 wohl diejenige, die in westdeutschen Kommentaren noch am häufigsten als prinzipiell annehmbar bezeichnet wird. Derartige Stellungnahmen können den Eindruck erwecken, als sei die Bodenreform die entscheidende Veränderung der Nachkriegszeit gewesen und als sei nach der Beseitigung einiger Schönheitsfehler der Weg für die Wiederherstellung der deutschen Agrarinheit bereits frei. Demgegenüber

muß gesagt werden, daß jene Bodenreform nur der erste Eingriff der sowjetischen Besatzungsmacht in die mitteldeutsche Agrarstruktur war, dem weitere, schwerwiegendere Eingriffe gefolgt sind, Eingriffe, die jene Bodenreform zum Teil wieder rückgängig gemacht, die vor allem aber die Kluft zum Westen vertieft haben.

AGRARSTRUKTUR VOR 1945

Infolge der günstigen Bodenverhältnisse ist in der Sowjetzone der Ackerbau von besonderer Bedeutung; der Anteil des Ackerlandes an der Gesamtfläche liegt